

PRESSEINFORMATION

Bremen, 3. März 2022

Frauen und Kinder besser vor Gewalt schützen

Ärzttekammer Bremen begrüßt Bremer Landesaktionsplan

Der Bremer Senat hat diese Woche den „Bremer Landesaktionsplan – Frauen und Kinder vor Gewalt schützen“ beschlossen. Dr. Johannes Grundmann, der Präsident der Ärztekammer Bremen, begrüßt dies: „In Deutschland wird jede siebte Frau mindestens einmal in ihrem Leben Opfer von physischer oder sexualisierter Gewalt. Ich freue mich, dass Bremen gewillt ist, dagegen anzugehen, und mit dem Aktionsplan ein eindeutiges Zeichen setzt.“

Der Landesaktionsplan sieht für den Zeitraum von 2022 bis 2025 im Land Bremen sowie in den Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven eine Reihe von Maßnahmen vor, die Frauen und Kinder vor Gewalt schützen sollen. Eine Koordinierungsstelle bei der Gesundheitssenatorin, ein Runder Tisch und ein Betroffenenbeirat steuern und bewerten die Maßnahmen.

So soll mit einer zentralen Gewaltschutzambulanz inklusive vertraulicher Spurensicherung am Klinikum Mitte die Notfallversorgung von Betroffenen häuslicher und sexualisierter Gewalt verbessert werden. Auch die Schutzräume für Frauen, insbesondere Frauenhausplätze sollen erweitert werden. „Gut, dass Bremen hier mehr Kapazitäten schaffen will. Mich hat sehr betroffen gemacht, als ich hörte, dass die Frauenhäuser in Bremen am Limit sind“, sagt Johannes Grundmann. „Langfristig muss aber natürlich verhindert werden, dass Frauen überhaupt in eine solche Situation kommen.“

Dafür sind einige Präventionsmaßnahmen geplant: Mit Aus- und Fortbildungen für bestimmte Berufsgruppen und verbindlichen Standards für Gewaltschutzkonzepte soll Gewalt gegen Frauen und Kinder früh erkannt und eingedämmt werden. „Es ist sehr wichtig, dass auch Ärztinnen und Ärzte wissen, woran sie häusliche Gewalt erkennen und was sie unternehmen können“, sagt Johannes Grundmann. „Die Ärztekammer hat daher bereits 2018 in einer Arbeitsgruppe Handlungsempfehlungen für Kliniken und Praxen erarbeitet.“ Entwickelt wurde zum Beispiel ein Ablaufdiagramm im Kitteltaschenformat, auf dem auf einen Blick Handlungsschritte beim Verdacht auf häusliche Gewalt zu erkennen sind.

Bremen ist eines der ersten Bundesländer, das die Istanbul-Konvention systematisch umsetzt. Die Istanbul-Konvention wurde als Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt beschlossen, wurde von Deutschland 2018 ratifiziert und ist daher rechtlich bindend.